L A G E B E R I C H T

für das Geschäftsjahr 2012
Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover
Hannover

DAS UNTERNEHMEN

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger in der Region Hannover. Die Region Hannover umfasst eine Fläche von ca. 2.300 km² und besteht aus 21 Städten und Gemeinden, in denen ca. 1.1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner leben. Als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge hält der Zweckverband ein umfassendes Angebot für die Entsorgung von Abfällen und die Erfassung von Wertstoffen bereit. Eine weitere Aufgabe des Zweckverbandes ist die Straßenreinigung und der Winterdienst in der Landeshauptstadt Hannover. Diese Tätigkeiten werden ebenfalls in eigener Regie wahrgenommen.

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben unterhält der Zweckverband einen umfangreichen Fuhrpark, 12 Betriebsstätten, 20 Wertstoffhöfe, Kfz-Werkstätten, Anlagen für die Kompostierung von Grün-, Garten- und Bioabfällen, mechanische Aufbereitungsanlagen für die Behandlung von Abfällen und eine mechanisch-biologische Aufbereitungsanlage zur Vorbehandlung von Siedlungsabfällen für die Ablagerung auf einer Deponie.

Auf mehreren Deponiestandorten werden die entsprechenden Einrichtungen zur Sickerwasserklärung und Deponiegaserfassung betrieben. Eine Deponie, die die entsprechenden Voraussetzungen für die Einlagerung von vorbehandelten Hausabfällen erfüllt, wird aktiv für die Ablagerung von vorbehandelten Restabfällen aus der mechanisch-biologischen Aufbereitung genutzt.

Der Zweckverband ist mit jeweils 94,9 % an der Abfallentsorgungsgesellschaft Region Hannover mbH und der Abfallbehandlungszentrum Hannover GmbH beteiligt. Wesentlicher Bestandteil der Zusammenarbeit mit diesen Gesellschaften ist die Zurverfügungstellung von Anlagen und Einrichtungen für die Tätigkeiten des Zweckverbandes. Die Abfallentsorgungsgesellschaft Region Hannover mbH ist darüberhinaus im Bereich der gewerblichen Abfallentsorgung tätig und bietet damit zusammenhängende Dienstleistungen an.

VERBANDSORDNUNG

Die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover sind die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes. Wesentliches Beschlussorgan ist die Verbandsversammlung in der die Verbandsmitglieder zurzeit jeweils durch den ersten Vertreter des Hauptverwaltungsbeamten vertreten werden. Da der Zweckverband als Körperschaft des Öffentlichen Rechts in seinem Aufgabenbereich für die entsprechenden Satzungen und Gebühren verantwortlich ist, wird über die Verbandsordnung sichergestellt, dass wesentliche Entscheidungen der Verbandsversammlung erst nach einer abschließenden Beratung durch die politischen Gremien der Verbandsmitglieder erfolgen können.

In der Region Hannover werden die hierzu notwendigen Beschlüsse des Regionsausschusses bzw. der Regionsversammlung durch den Ausschuss für Abfallwirtschaft vorbereitet. Die entsprechenden Beschlüsse des Verwaltungsausschusses bzw. des Rates der Landeshauptstadt Hannover werden durch den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen sowie durch den Finanzausschuss vorbereitet.

ABFALLABFUHR UND -ENTSORGUNG

Ein Ziel des Zweckverbandes ist die Reduzierung der Restabfälle zugunsten von Materialien, die dem Recycling oder einer anderweitigen Nutzung zugeführt werden können. Die in 2010 im Rahmen eines Pilotprojektes zunächst in einer Kommune gestartete Wertstofftonne, die sogenannte O-Tonne, wird inzwischen in der Mehrzahl der Kommunen der Region Hannover angeboten. Aufgrund der positiven Erfahrungen wird das restliche Umland ab Januar 2013 und das Stadtgebiet Hannover ab dem zweiten Quartal 2013 an die O-Tonne angeschlossen. Damit haben in Zukunft die gesamten Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit, durch das zusätzliche Erfassungssystem für Wertstoffe ihren Beitrag für eine ökologische Abfallwirtschaft in der Region Hannover zu leisten.

Das Gebührensystem für Hausmüll muss für das gesamte Regionsgebiet harmonisiert und zukunftsfähig gestaltet werden. Dazu müssen die bestehenden Abfallsysteme vereinheitlicht und das Gebührensystem neu konzipiert werden.

Die 2008 regionsweit eingeführte Altpapiertonne hat sich als zusätzliches Erfassungssystem für Altpapier etabliert und einen wesentlichen Beitrag zu der hohen Erfassungsquote beim Altpapier geleistet. Der 2009 zusätzlich eingeführte blaue Wertstoffsack für Altpapier hat das Angebot für die Altpapiersammlung zu einem komfortablen Erfassungssystem für alle Ansprüche komplettiert, das gut angenommen wird.

In der Hausmüllabfuhr wurde mit ca. 196 TMg (- 2 TMg) erfassten Abfällen aus privaten Haushaltungen und aus dem Bereich der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle die Menge des Vorjahres unterschritten. Über die anderen Abfuhrbereiche, einschließlich der Abfall- und Wertstofferfassung über die Wertstoffhöfe wurden ca. 372 TMg (- 3 TMg) erfasst. In der Wertstofferfassung wurde mit ca. 195 TMg das Vorjahresergebnis (187 TMg) erneut übertroffen. Insgesamt hat sich im Berichtsjahr eine Abfuhrleistung von ca. 568 TMg (573 TMg) ergeben.

Die Menge der durch Dritte auf den Deponien angelieferten Abfälle sank leicht um ca. 2 TMg auf 132 TMg. Die darin enthaltenen Gewerbeabfälle aus der Region Hannover erhöhten sich um ca. 1 TMg auf ca. 44 TMg. Die Menge, der auf den landwirtschaftlichen Grüngutannahmestellen angelieferten Gartenabfälle war um ca. 3 TMg rückläufig und lag bei ca. 64 TMg.

Insgesamt wurden durch den Zweckverband im Berichtsjahr damit ca. 764 TMg Siedlungsabfälle und Wertstoffe erfasst (ca. - 10 TMg). Davon wurden ca. 195 TMg dem Recycling bzw. einer stofflichen Verwertung, ca. 148 TMg der Kompostierung und der landwirtschaftlichen Grüngutverwertung sowie ca. 27 TMg der Bioabfallaufbereitung zugeführt.

In der verbleibenden Menge von 394 TMg (- 17 TMg) sind ca. 73 TMg Bauschutt und ca. 10 TMg Boden enthalten, die als aufbereiteter Bauschutt bzw. Deponiebaumaterial einer Nutzung zugeführt wurden, sowie 8 TMg verwerteter Straßenkehricht.

Von der erfassten Gesamtmenge konnten somit ca. 461 TMg (wie im Vorjahr rd. 60%) verwertet werden.

Von den verbleibenden 303 TMg Restabfall wurden in den Abfallverbrennungsanlagen Hameln ca. 40 TMg, Buschhaus ca. 62 TMg und Hannover ca. 86 TMg entsorgt.

In der mechanisch – biologischen Restabfallbehandlungsanlage (MBA) wurde mit ca. 197 TMg verarbeiteten Abfällen die genehmigte Durchsatzleistung der Anlage nahezu vollständig ausgeschöpft.

STRASSENREINIGUNG / WINTERDIENST

Zu den Aufgaben des Zweckverbandes gehört die Durchführung der Straßenreinigung und des Winterdienstes in der Landeshauptstadt Hannover. Hierbei werden ca. 2000 km Straßen, Rad- und Fußwege betreut. Da auf diesen Verkehrsflächen eine Reinigung im statistischen Durchschnitt ca. 1,5 Mal pro Woche erfolgt, ergibt sich hieraus eine jährliche Reinigungsleistung von ca. 157.000 km. Diese Aufgabe beinhaltet auch die Gewährleistung der Sauberkeit der Fußgängerzonen in der Innenstadt von Hannover und auf den öffentlichen Grünflächen neben Straßen und Wegen.

UMSATZENTWICKLUNG

Die Umsatzerlöse des Zweckverbandes beliefen sich im Wirtschaftsjahr 2012 auf 178.921 T€ (Vorjahr 178.352 T€). Darin enthalten sind Gebühreneinnahmen in Höhe von 152.894 T€ (Vorjahr 152.869 T€), Erlöse mit verbundenen Unternehmen für die Betriebsführung und Personalgestellung mit 3.518 T€ (Vorjahr 4.787 T€) und Erlöse mit Dritten in Höhe von 22.509 T€ (Vorjahr 20.696 T€).

Die Gebühreneinnahmen bewegen sich auf Vorjahresniveau. Auch innerhalb der Sparten ergeben sich gegenüber dem Vorjahr nur geringe Veränderungen. Während sich die Erträge in den Bereichen Straßenreinigung und Deponiebetrieb leicht verbessert haben, sind die Umsätze in der Sparte Abfallsammlung geringfügig gesunken. Der Rückgang bei den Erträgen aus der Betriebsführung und Personalgestellung konnte insbesondere durch höhere Erlöse aus der Verwertung von Sekundärrohstoffen kompensiert werden, so dass der Gesamtumsatz um 0,3% gesteigert werden konnte.

ERTRAGS-, VERMÖGENS- und FINANZLAGE

Die gewöhnliche Geschäftstätigkeit führte im Berichtszeitraum zu einem Überschuss i.H.v. 8.311 T€ (Vorjahr: 2.106 T€). Nach Steuern schließt die Jahresrechnung mit einem Gewinn i.H.v. 7.419 T€ (Vorjahr: 1.738 T€) ab. Die Planung ging von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 7.600 T€ aus.

Das gegenüber dem Vorjahr verbesserte Jahresergebnis ist zu einem großen Teil auf nicht im Wirtschaftsplan berücksichtigte Sondereffekte im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Deponiekonzeptes zurückzuführen; der Rückstellungsbedarf zur Deponierekultivierung und -nachsorge der Deponien der aha-Gruppe ist neu ermittelt worden. Der Entlastungseffekt aus dieser Maßnahme beträgt gegenüber dem Planansatz 7.798 T€.

Bei den Materialaufwendungen konnten sowohl die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um 1.665 T€ als auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 1.044 T€ reduziert werden. Die Mehraufwendungen für Kraftstoffe (240 T€) und für den höheren Verbrauch von Streumitteln für den Winterdienst (237 T€) konnten durch Einsparungen bei der Beschaffung von Mülltonnen (897 T€), durch den geringeren Verbrauch von Betriebsmitteln im Bereich der MBA und der Kläranlagen (438 T€), durch niedrigeren Materialeinsatz in den Kfz-Werkstätten (294 T€) sowie durch geringere Energiekosten (141 T€) mehr als ausgeglichen werden. Im Bereich der bezogenen Leistungen konnte der Gesamtaufwand trotz gestiegener Aufwendungen für Leiharbeiter (754 T€) und der höheren Ausgaben für Kfz-Wartungsverträge (347 T€) reduziert werden. Maßgeblich hierfür waren im Wesentlichen die niedrigeren Aufwendungen für die Unterhaltung technischer Anlagen und Geräte (1.148 T€) sowie die geringeren Vergütungen für die Nutzung der arh-Anlagen (577 T€).

Die Personalaufwendungen liegen mit 76.058 T€ auf Vorjahresniveau.

Mit 21.534 T€ liegen die Abschreibungen 744 T€ unter dem Vorjahreswert.

Die Aufwendungen für Deponienachsorge und Altlastensanierung sind um 5.781 T€ auf 1.132 T€ zurückgegangen. Diese positive Ergebnisauswirkung ergibt sich als Sondereffekt durch die Neuberechnung der Deponierückstellungen im Berichtsjahr.

Hauptsächlich durch die Auflösung von Rückstellungen sind die sonstigen betrieblichen Erträge um 2.316 T€ auf 6.588 T€ angewachsen.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 4.266 T€ auf 16.529 T€ liegt im Wesentlichen in der Bildung einer Rückstellung für erwartete Belastungen aus der geplanten Gebührenumstellung.

Bei weiterhin niedrigem Zinsniveau auf Geldanlagen konnten die Zinserträge leicht erhöht und die Zinsaufwendungen für Bankkredite weiter gesenkt werden. Die Ursache für das dennoch negative Finanzergebnis liegt im Ausweis der Aufwendungen für die Abzinsung der Rückstellungen (1.502 T€) unter den Zinsaufwendungen.

Trotz der Verringerung des Anlagevermögens um 4.039 T€ erhöhte sich die Bilanzsumme um 4.242 T€ auf 197.334 T€. Grund ist der starke Anstieg des Umlaufvermögens um 8.308 T€. Hier sind die Forderungen um 1.391 T€ und die Finanzmittel um 7.006 T€ gestiegen.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 7.419 T€ auf 60.495 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt nunmehr 30,7% nach 27,5% im Vorjahr. Die Rückstellungen stiegen geringfügig um 473 T€ auf insgesamt 118.442 T€. Während die Pensionsrückstellungen um 694 T€ und die Steuerrückstellungen um 1.190 zugenommen haben, reduzierten sich die sonstigen Rückstellungen um 1.411 T€. Insbesondere durch Tilgungen bei den Bankkrediten (2.511 T€) und der Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (1.460 T€) konnten die Verbindlichkeiten von 22.047 T€ auf 18.396 T€ zurückgeführt werden.

Trotz der Auszahlung aus der Tilgung von Finanzkrediten i.H.v. 2.690 T€ konnte der Finanzmittelbestand um 7.006 T€ auf 59.967 T€ erhöht werden. Die vorhandenen Mittel stehen zur Verfügung, um anstehende Investitionen zu finanzieren.

INVESTITIONEN

Im Berichtsjahr wurden durch den Zweckverband insgesamt 17.982 T€ (Vorjahr 22.443 T€) investiert. Davon entfielen auf die Aktualisierung des Fuhrparks und des Behälterbestandes 9.665 T€ (Vorjahr 13.756 T€) für Neuanschaffungen.

Auf dem Gelände der Deponie Lahe hat die Kantine einen Anbau für 216 T€ erhalten und der in 2011 errichtete Anbau an das Sozialgebäude Lahe erhielt eine Lüftungsanlage in Höhe von 85 T€. Die in 2011 gekauften Gebäude in der Schörlingstraße wurden für 803 T€ umgebaut und als Betriebsstätte in Betrieb genommen. In die MBA wurden 218 T€ für Windsichter (Restzahlung) und FE-Abscheider investiert.

Für EDV und die Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgten Anschaffungen im Wert von 711 T€. Für den Erwerb von Lizenzen wurden 114 T€ aufgewandt. Geleistete Anzahlungen für Anlagen im Bau waren zum Bilanzstichtag mit einem Wert von 5.892 T€ (Vorjahr 3.920 T€) erfasst. Davon entfielen 5.318 T€ auf den Bau des Sozial- und Verwaltungsgebäudes KWA, 455 T€ auf in 2012 noch nicht fertiggestellte Fahrzeuge sowie 53 T€ auf Grunderwerbssteuer und Gutachten zur Errichtung des Wertstoffhofes Nord.

MITARBEITER

Im Berichtsjahr waren beim Zweckverband durchschnittlich 1.674 Mitarbeiter (Vorjahr 1.680 Mitarbeiter) tätig. In dieser Zahl sind 102 Mitarbeiter (Vorjahr: 88) enthalten, die aus verschiedenen Gründen inaktiv sind (z.B. Langzeitkranke, Freiphase Altersteilzeit).

Während des Jahres wurden mit 18 Kfz-Mechatronikern, 13 Fachkräften für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, 2 Industriemechanikern sowie 5 Berufskraftfahrern insgesamt 38 junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen einer qualifizierten Ausbildung beschäftigt (Vorjahr 43). Darüber hinaus hatten Schüler/innen im Rahmen von Schulpraktika die Möglichkeit, in den Arbeitsalltag einzutauchen.

RISIKOMANAGEMENT

Die Tätigkeit des Zweckverbandes und der mit ihm verbundenen Gesellschaften ist untrennbar mit Risiken verbunden, die sich nicht nur aus dem laufenden Geschäftsbetrieb selbst sondern z.B. auch durch Änderungen der Rechtslage, technologische Neuerungen, gesellschaftliche Veränderungen oder durch ein geändertes konjunkturelles Umfeld ergeben können.

Damit die vielfältigen Risiken mit ihren sehr unterschiedlichen potenziellen Auswirkungen rechtzeitig erkannt werden, besteht ein Risikomanagementsystem mit dem alle internen und externen Risiken des Verbandes regelmäßig und systematisch identifiziert, erfasst, bewertet und vergleichbar gemacht werden. Mit Hilfe von kombinierten Werten zu einer möglichen Schadenshöhe und der Eintrittswahrscheinlichkeit wird eine Priorisierung festgelegt. In diesem Zusammenhang werden auch eindeutige Verantwortlichkeiten vereinbart und in Abstimmung mit der Verbandsgeschäftsführung Gegenmaßnahmen geplant. Den verantwortlichen Führungskräften wird monatlich ein Bericht zum Risikomanagement und den damit gegebenenfalls verbundenen Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

Einer ständigen Betrachtung unterliegen auch die wirtschaftliche Entwicklung und die Erlössituation sowie die sich aus dem allgemeinen Betrieb ergebenen Risiken. Betriebsrisiken aus Brandschäden wird durch ein Brandschutzkonzept begegnet. Die Gesellschaft unterliegt gewissen Preisrisiken auf den Beschaffungsmärkten (insbesondere Treibstoffe).

Mögliche Risiken aus der Gebührenumstellung werden in der aktuellen Betrachtung berücksichtigt. Die Risikosituation aus der operativen Tätigkeit des Zweckverbandes hat sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Weder die Betrachtung der Einzelrisiken noch die Einschätzung der Gesamtrisikosituation lassen aus heutiger Sicht Risiken erkennen, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit den Fortbestand des Zweckverbandes gefährden.

RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLLSYSTEM (IKS)

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem hat das Ziel die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens und die Erstellung von regelungskonformen Jahresabschlüssen zu gewährleisten. Das Verfahren ist so konzipiert, dass eine vollständige, zeitnahe und korrekte Erfassung aller Geschäftsvorfälle erfolgt und dass kontinuierlich zuverlässige Daten über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vorliegen. Zum Rechnungslegungsprozess gehören die operativen Prozesse die im Rechnungswesen abgebildet werden. Die Basis für die Sicherstellung des ordnungsgemäßen Ablaufs dieser Prozesse bilden Arbeitsanweisungen, haushaltsrechtliche Vorschriften sowie das während des gesamten Prozesses geltende Vier-Augen-Prinzip.

Etwaige Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften werden ständig verfolgt. Um das Risiko von Fehlaussagen in der Bilanzierung komplexer Teilbereiche zu verringern, wie beispielsweise bei den Rückstellungen für die Rekultivierung von Deponien oder für die Pensionen, werden Experten extern hinzugezogen.

Einrichtung, Überwachung und Weiterentwicklung des IKS liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung des Zweckverbandes.

AUSBLICK

Im Wesentlichen durch Neuberechnung der Rückstellungen für Deponienachsorge wird mit dem vorliegenden Jahresergebnis statt des im Wirtschaftsplan kalkulierten Fehlbetrages ein Jahresüberschuss erwirtschaftet. Damit steigen insbesondere in der Sparte Abfall- und Wertstoffabfuhr die Gebührenvorträge, die zum Ausgleich zukünftiger Verluste verwendet werden können. Im Wirtschaftsplan 2013 wird ein Jahresverlust i.H.v. 700 T€ prognostiziert.

Vor dem Hintergrund der erforderlichen Vereinheitlichung der Entsorgungssysteme und der Neugestaltung der Gebührensatzung sind das Planergebnis 2013 und die Kalkulationen für die nächsten Jahre mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren belastet. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat sich mit seinem Urteil vom 12.10.2012 eingehend mit der Gestaltung der Gebühren für die Abfallentsorgung in der Region Hannover auseinandergesetzt. Dabei hat das Gericht auf der Grundlage seiner jüngsten Rechtsprechung zur Kalkulation und Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung Leitsätze aufgestellt, die bei der künftigen Gestaltung von Abfallentsorgungsgebühren zu berücksichtigen sind.

Unsere derzeitige Hauptaufgabe sehen wir darin, die Vorgaben des Gerichtes in Zusammenarbeit mit den politischen Gremien so umzusetzen, dass bei Beachtung des Grundsatzes der Gebührengerechtigkeit und unter der Berücksichtigung des Bürgerwillens auch weiterhin die Entsorgung aller Abfälle und Wertstoffe in der Region Hannover auf der Basis eines niedrigen Gebührenniveaus sichergestellt ist.

Dabei sind die Gebührenumstellung und der Wunsch, die Sackabfuhr bei der Systemvereinheitlichung optional auch weiterhin beizubehalten, nicht ohne zusätzliche Kosten zu realisieren. Neben den eimaligen Aufwendungen für den Verwaltungsaufwand, der durch die Umstellung entsteht, kommen in den nächsten Gebührenzeiträumen jährliche systembedingte Mehrkosten hinzu, die sich aus der Anschaffung neuer Fahrzeuge, den Personalmehrdarf und die Umrüstung der Betriebsstätten ergeben.

Vorhandene Gebührenvorträge und getroffene Vorsorgemaßnahmen durch die Bildung von Rückstellungen werden die erwarteten Belastungen teilweise ausgleichen und durch die Verteilung von Investitionen auf mehrere Jahre lassen sich Gebührenauswirkungen mindern. Die Gebührenstabilität über die laufende Gebührenperiode hinaus wird weiterhin angestrebt.

Hannover, den 28. März 2013

gez. Hülter

Hülter
Verbandsgeschäftsführerin